



ANNICK RAMP

FOTO-TABLEAU

Sandra – der lange Weg zum Selbst 3/5

Häxli, das schwarze Büsi, ist für Sandra ganz offensichtlich eine Herzensangelegenheit. Nach einer Jugend, in der sie Nestwärme und Sicherheit entbehren musste, fand sie nur mühsam zu sich selbst; gesundheitliche und seelische Probleme isolierten sie zeitweise weitgehend von ihrer Umwelt. Die gelassene Anmut und die selbstverständliche Präsenz von Katzen schlugen Sandra früh in ihren Bann, und das eigene Tier wurde zu einem Ruhepol in ihrem Leben. Derzeit lebt Sandra von ihrem Häxli getrennt in einer betreuten Wohngemeinschaft; die Fotografin Annick Ramp hat sie auf einem Besuch bei der Freundin begleitet, die das Büsi vorübergehend bei sich aufgenommen hat.

Arbeit im Alter

Wie Überalterung allen nützen könnte

Gastkommentar

von REINER EICHENBERGER
und ANN BARBARA BAUER

In der Überalterung sehen viele eine Bedrohung für die Stabilität der Altersvorsorge und der gesamten Volkswirtschaft. Ihretwegen wachsen die Rentenzahlungen schneller als die Beiträge und die Konsumbedürfnisse schneller als die Produktionskraft. Als Gegenmassnahmen werden höhere Rentenbeiträge und ein höheres offizielles Rentenalter gefordert. Doch beides hat offensichtliche Nachteile, und entsprechend gross sind die politischen Widerstände. Was tun? Nochmals nachdenken!

Die Überalterung ist gar kein Problem, sondern unser Glück. Die Menschen werden nicht älter, weil sie immer kranker werden, sondern weil sie länger gesund bleiben. Überalterung heisst also mehr gesunde Lebensjahre und grösseres Produktionspotenzial. Wir müssen diese Früchte der Überalterung nur ernten. Der richtige Ansatz dazu ist der wahrhaft liberale: Altersarbeit soll weder durch eine Erhöhung des offiziellen Rentenalters verordnet noch durch irgendwelche Subventionen gefördert werden. Vielmehr sollen die wichtigsten Hindernisse für Altersarbeit abgebaut werden.

Heute wird Arbeitseinkommen von Alten sehr hoch besteuert, weil es mit ihren Renteneinkommen zusammengezählt wird. Zudem sind die AHV-Arbeitnehmer- und -Arbeitgeberbeiträge für die meisten Alten reine Steuern, da sie nicht mehr rentenerhöhend wirken. Die Alten zahlen also richtig gerechnet im Normalfall auf Arbeitseinkommen 45 bis 55 Prozent Steuern. Das schafft gewaltige Fehlansätze, nicht über 65 hinaus zu arbeiten. Folglich ist die liberale Problemlösung denkbar einfach: Die Einkommenssteuern auf Arbeitseinkommen von über 65-Jährigen müssen stark gesenkt, z. B. halbiert werden. Dadurch würde das Arbeitsangebot der Alten stark zunehmen. Mit jeder zusätzlichen Arbeitsstunde steigt die volkswirtschaftliche Produktion. Es stehen mehr Güter und Dienstleistungen für alle zur Verfügung. Zudem steigen die Einnahmen des Staates und der Sozialwerke, weil die Alten ja immer noch mehr Steuern und Abgaben leisten, als wenn sie nicht arbeiten würden.

Mit den zusätzlichen Steuereinnahmen dank Altersarbeit könnte zum einen die AHV saniert und zum anderen die Steuern für die Jungen gesenkt werden. Unser Vorschlag kennt ausschliesslich Gewinner, weil er die Probleme nicht mit Umverteilung, Zwang und Subventionen, sondern nur durch den Abbau heutiger Hindernisse löst.

Gegen mehr Altersarbeit wird regelmässig eingewandt, viele Arbeitnehmer seien schon vor der

Pensionierung unflexibel, oft körperlich und geistig ausgebrannt und deshalb für die Arbeitgeber wenig attraktiv. Doch dafür ist oft nicht das biologische Alter, sondern die bevorstehende Pensionierung verantwortlich. In den letzten Jahren vor einer sicheren Pensionierung lohnt es sich für die Arbeitnehmer selbst sowie für ihre Arbeitgeber und Arbeitskollegen immer weniger, ihre beruflichen Fähigkeiten zu fördern und zu erhalten. Entsprechend wächst die Produktivität der Alten «automatisch», wenn die erwartete Dauer ihrer Beschäftigung durch eine Stärkung der Arbeitsanreize über das Pensionierungsalter hinaus erhöht wird.

Ein anderer Standardeinwand ist, die arbeitenden Alten nähmen den Jungen die Arbeitsplätze weg. Doch auch das ist falsch. Überalterung bringt ja heute eine Verknappung der Arbeitskräfte, die allfälligen Verdrängungseffekten entgegenwirkt. Zudem ist die Arbeitsmenge nicht fest vorgegeben. Die gesamtwirtschaftliche Leistung eines Landes ist wie ein grosser Kuchen. Er muss zuerst erarbeitet werden und kann dann zum Konsum zwischen Alten und Jungen aufgeteilt werden. Je mehr Alte mitarbeiten, desto grösser wird der Kuchen, und desto grössere Stücke bleiben für alle übrig.

Folglich würde dank der vorgeschlagenen Steuerersenkung die Arbeitsmarktintegration der Alten sicher zunehmen. Bei einem Steuer- und Abgabensatz von 50 Prozent bleiben nach einer Steuerhalbierung den Arbeitgebern nur 75 statt nur 50 Prozent ihres Bruttoeinkommens – ihr Realeinkommen erhöht sich also um 50 Prozent. Eine so starke Einkommenserhöhung würde die Arbeitsbereitschaft der Alten massiv steigern. Zusätzlich würden sie dank dem längeren Zeithorizont auch von Arbeitgebern und Mitarbeitern stärker unterstützt. Schliesslich wirkt noch ein wichtiger psychologischer Effekt: Die Arbeitgeber können Alte mit sinkender Produktivität nur weiterbeschäftigen, wenn auch ihre Lohnkosten sinken. Sinkende Einkommen schrecken aber viele Alte vom Weiterarbeiten ab. Dank unserem Vorschlag könnten die realen Arbeitseinkommen der Alten und damit ihre Arbeitsmotivation noch lange über die Pensionierung hinaus konstant bleiben oder sogar steigen, auch wenn ihre Bruttolöhne und damit Arbeitskosten für die Arbeitgeber sinken.

Überalterung ist also wirklich kein Grund zur Sorge, sondern einer zur Freude. Wir müssen lediglich die Steuern für Altersarbeit senken.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg i. Ü. und Forschungsdirektor Crema; Ann Barbara Bauer ist Assistentin am Lehrstuhl.

Europa nach dem Brexit-Entscheid

Chancen neuer Integration

Gastkommentar

von ANDREAS UMLAND

Die Auswirkungen eines möglichen EU-Austritts von Grossbritannien sind gravierend, aber vielleicht nicht nur negativ. Frühe Signale – etwa der tiefe Fall des Pfunds oder der angekündigte Rücktritt David Camerons vom Amt des Premierministers – deuten darauf hin, dass die Gesamtfolgen für das Vereinigte Königreich fatal ausfallen könnten. Nach dem Brexit-Votum beginnt eine Periode der Ungewissheit, welche Handel, Investitionstätigkeit, Finanzwesen sowie Unternehmertum in Grossbritannien härter treffen könnte als erwartet.

Nicht nur sind die ökonomischen Konsequenzen des Brexit für Grossbritannien schwer vorherzusagen. Gefährlicher noch ist die Möglichkeit eines erneuten Unabhängigkeitsreferendums in Schottland, ja gar eines Volksentscheids über die Trennung Nordirlands vom Königreich. Die verschiedenen Folgeeffekte des britischen Votums für den EU-Austritt könnten zu nicht weniger als dem Ende des bisherigen britischen Staates führen.

Während der 23. Juni 2016 somit als schwarzer Tag in die britische Geschichte eingehen könnte, falls die Briten bzw. Teile ihres Landes tatsächlich aus der EU austreten, ist weniger klar, welche Nachwirkung das britische Votum für die europäische Integration haben wird. Selbst bei einem Vollzug von Englands Austritt sind die Folgen des Votums womöglich ambivalent. Die meisten Beobachter neigen dazu, das britische «leave» als Desaster für das Projekt Europa zu betrachten, da nun ein grosses europäisches Land der EU Lebewohl sagt. Indes könnten die diesbezüglichen Folgen des Brexit-Votums subtiler ausfallen. Eine für das Vereinigte Königreich desaströse Abkehr von der EU könnte, zugespitzt ausgedrückt, der Sache Europa dienlicher sein, als es ein ambivalentes Votum zum Bleiben gewesen wäre.

Die europäische Integration war in den letzten sechzig Jahren eine Art dialektischer Prozess voller Höhen und Tiefen. Zwar sah der Entstehungsverlauf der gegenwärtigen EU eine Reihe von Fehlern, Stockungen und Krisen. Dennoch verwandelten sich diese Kalamitäten nach einiger Zeit wiederholt in eigenartig progressive Impulse für eine Vertiefung des Integrationsprozesses. So mündete etwa die als «Eurosklrose» bekannte Periode der Stagnation in der Entwicklung der Europäischen Gemeinschaften in den siebziger und achtziger Jahren am Ende in einen massiven Integrationschub.

Dieser gipfelte in der Bildung der EU zunächst als Dachorganisation der Gemeinschaften, später als vollständig integrierte und teilweise supranationale Mammutorganisation mit weitreichenden Vollmachten und einem (womöglich zu) ausgefeilten Institutionengefüge. Generell kam die europäische Integration seit Ende des Zweiten Weltkrieges

oftmals erst nach zunächst entmutigenden Rückschlägen weiter. Selbst der Geburt der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl als erster Vorläuferin der heutigen Union im Jahre 1951 ging das teilweise Versagen des zuvor gegründeten Europarats voraus, eine effektive paneuropäische Organisation zu bilden.

Angesichts dieser Erfahrungen fragt man sich, welche langfristigen strategischen Folgen das Brexit-Votum für die zukünftige europäische Integration haben könnte. Wird das britische «leave» für das Projekt eines geeinten Europa wirklich so schlecht ausfallen? Grossbritannien wird nolens volens in den kommenden Monaten für Europa die Rolle eines politischen Versuchskaninchens spielen. Sein möglicherweise trauriges Schicksal wird in den kommenden Jahren der Öffentlichkeit vieler EU-Mitgliedsstaaten die gravierenden Auswirkungen einer Abkehr von der EU vor Augen führen. Wenn selbst ein so starkes europäisches Land wie Grossbritannien von einem drohenden bzw. vollzogenen Austritt derart hart getroffen wird oder gar zerfällt: Welche Folgen hätte dann ein Austritt solcher Länder wie Dänemark, der Niederlande oder Ungarn? Je schlimmer der Brexit Grossbritannien trifft, desto weniger Überzeugungskraft werden künftig die häufig demagogischen Versprechungen der euroskeptischen Populisten in vielen kleineren Ländern haben.

Simple Verweise auf die empirische Realität und kritische Situation Grossbritanniens nach dem Brexit-Votum werden europäisches Rechtspopulismus verwundbar machen. Im Ergebnis könnten die Gesamtattraktivität und der Gesamtnutzen der Union für viele derzeit zwiespältige EU-Bürger evident werden.

Grossbritanniens voraussichtlich signifikante und dauerhafte Probleme werden auch über die Grenzen der EU hinaus starke Signale senden. Sie werden weltweit die Wichtigkeit der Union für die Zukunft Europas und der Welt demonstrieren. Überzeugte Europäer – darunter möglicherweise sogar einige britische – könnten deshalb das Votum vom 23. Juni philosophisch betrachten: Zwar wird diese fatale Abstimmung eine schwierige Periode in der britischen und europäischen Geschichte einleiten. Gleichzeitig kann das Brexit-Votum jedoch auch fruchtbringende Diskussionen über beziehungsweise für eine stärkere europäische Integration entfachen, wie auch immer diese ausgestaltet und geartet sein mag.

Wenn die Europäische Union aus diesen Entwicklungen gestärkt hervorgeht, entschliessen sich vielleicht England und Wales – so sie denn überhaupt den Schritt des Austritts vollziehen – eines Tages wieder dazu, in die EU zurückzukehren.

Andreas Umland ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Euro-Atlantische Kooperation Kiew.